

keine solche Autobiographie voller Willensstärke und Siegesgewißheit mehr schreiben. Ich hoffe, Sie werden durch diese Autobiographie etwas über meine ‚frühen Jahre und mein Leben für die Sozialarbeit‘ erfahren. Meine Mädchenjahre habe ich in einer unfreien, feudalistischen Familie verbracht und mein ganzes Streben darauf gerichtet, Freiheit zu erlangen. In meinen mittleren Jahren war ich schließlich ein freies Mädchen, aber mit dem Alter bin ich wieder in ein unfreies Leben zurückgekehrt. Bevor ich sterbe, möchte ich noch einmal meine Freiheit wiedererlangen‘, sagte sie, traurig vor der Kamera stehend (Ikegawa 1960, S. 2-3).

11 Professorin Leal bemühte sich an der „New York School of Social Work“ weiter um finanzielle Quellen für Salomon, zum Beispiel: Executive Committee Meeting of A.A.S.S.W.(The American Association of Schools of Social Work), March 12-13, 1938 discussed about Dr. Alice Salomon. „The Secretary read a letter from Miss Fairchild, describing the circumstances under which Dr. Salomon is living in New York, and including the suggestion of Dr. Valeria Parker, that a small Committee be formed to raise a special fund to assist Dr. Salomon. Miss Fairchild has written to ask if there is any way in which the Association can be of assistance. After discussion, it was agreed by the Committee, that an appeal to the school for assistance would not be effective or wise. It was decided that a letter be written to Miss Fairchild, indicating that the Committee sees no immediate way in which the schools can be of service; that the committee further suggests referring the question to Miss Colcord, Chairmann of the Hospites Committee; and that the Committee has asked Miss Leal to discuss its point of view with Miss Colcord“ (Protokoll 1938).

Literatur

Devine, Edward T.: Social Work. New York 1922

Hasegawa-Sammlung Redaktionsausschuss (Hrsg.): Yoshinobu Hasegawas ausgewählte Werke, Band I und II (Hasegawas-Sensyu). Chiba 1973

Ikegawa, Kiyoshi: Erinnerungen an ein Gespräch mit Frau Dr. Alice Salomon (Arisu Zaromon Jyoshi to Katatta Omoide.) Manuskript 1937/1952. In: Schitennouji 11/1960, S. 1-5

Protokoll des „Council on Social Work Education“ (CSWE): Executiv Committee Meeting, 12/13 März 1938. Social Welare History Archives, University of Minnesota. RG1, Box4

Römer, Will: Foto 9254, ABZ Agentur Berlin. Alice Salomon Archiv der ASFH Berlin 1923

Salomon, Alice: Leitfaden der Wohlfahrtspflege. Leipzig und Berlin 1921, 1923, 1928

Salomon, Alice: Ausbildung zum sozialen Beruf. Berlin 1927

Salomon, Alice: Charakter ist Schicksal. Weinheim/Basel 1983

Salomon, Alice; Macadam, Elisabeth; Müller, Marie: Die soziale Ausbildung. In: Vorbericht zum Internationalen Wohlfahrtskongress. Band II. Paris 1928

Wieler, Joachim: Er-Innerungen eines zerstörten Lebensabends. Alice Salomon während der NS-Zeit (1933) und im Exil (1937-1948). Darmstadt 1987

Yamaguchi, Tadashi: Studien über die Soziale Arbeit. (Shakaijygon Kenkyu.) 1934

Danksagung

Ich danke Frau Adriane Feustel, Berlin, Frau Professor Nishizabi und Herrn Fukuoka, Professor Tatara, Chiba, für wichtige Informationen, die in meinem Beitrag Verwendung fanden.

► Allgemeines

Alice Salomon Award 2008 wird vergeben. Am 23. Oktober 2008 wird an Barbara Lochbihler, Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, der Alice Salomon Award 2008 vergeben. Die Preisverleihung findet im Rahmen der 100-Jahrfeier der Alice Salomon Hochschule Berlin (ASFH) statt. Mit dem Preis ehrt die Hochschule Persönlichkeiten, die zur Emanzipation von Frauen und zu der Entwicklung der Sozialen Arbeit Herausragendes beigetragen haben und die im übertragenen Sinn das Werk Alice Salomons unter heutigen Bedingungen weiterführen. Mit dem Preis will die ASFH auch das Lebenswerk ihrer Schulgründerin stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken und es in seiner Aktualität und fortdauernden Bedeutung würdigen. Die Preisträgerin Barbara Lochbihler studierte Sozialpädagogik, Politische Wissenschaften, Volkswirtschaft und Internationales Recht. In den Jahren 1987 bis 1991 arbeitete sie als persönliche Parlamentsreferentin von Professorin Eleonore Romberg, Mitglied des Landtages in Bayern. Anschließend war sie sieben Jahre lang Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Genf. Seit August 1999 ist sie als Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International tätig. *Quelle: Pressemitteilung der ASFH vom Juli 2008*

Datenbank für Integration. Mit dem Praxisnetzwerk „Zuwanderer in der Stadt“ wird eine Datenbank aufgebaut, die deutschlandweit gelungene Integrationsprojekte dokumentieren soll. Außerdem bietet das Netzwerk ein Forum für den Erfahrungsaustausch zwischen den im Bereich Integration in den Städten Arbeitenden sowie weiteren Fachleuten und Interessierten. Mit ihm setzen die Schader-Stiftung, der Deutsche Städtetag und der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen ein Anfang des Jahres 2004 begonnenes Projekt fort. Dessen Ziel ist es, den Informationsaustausch der Städte und Gemeinden weiter zu unterstützen und die Fülle guter Ansätze und Praxisbeispiele zu Fragen von Migration und städteräumlicher Integration zum Nutzen aller Städte zu bündeln. Darüber hinaus werden Arbeitsmaterialien und Forschungsergebnisse auf der Internetseite www.zuwanderer-in-der-stadt.de zur Verfügung gestellt sowie Workshops angeboten. Der Erfolg des Netzwerkes hängt entscheidend davon ab, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Städten in ihm mitwirken und es mit Leben erfüllen. *Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städtetages 7.2008*

Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen. Von Helmut Klages. Hrsg. Albrecht Koschützke, Kommunikation und Grundsatzfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Selbstverlag. Bonn 2007, 83 S., kostenlos *DZI-D-8305* Zwar ergaben mehrere Untersuchungen in den vergangenen Jahren für Deutschland eine im internationalen Ver-

gleich gut entwickelte Ausprägung des bürgerschaftlichen Engagements, doch besteht zurzeit auch eine gewisse Desillusionierung hinsichtlich der Praxis der Bürgerbeteiligung. Um deren Potenzialen auf den Grund zu gehen, beschäftigt sich die vorliegende Studie mit einer Reihe neuer Beteiligungsformen, wie zum Beispiel Bürgerpanel, Bürgerentscheid, Bürgerbefragung, Einwohnerversammlung, Gemeinwesenarbeit, Planungszelle und Runder Tisch. Diese werden anhand einzelner Kriterien, wie der Akzeptanz bei kommunalen Entscheidungsträgern und der Gewährleistung von allgemeiner Zugänglichkeit und Rollenkontinuität, vergleichend bewertet. Abschließend verweist der Autor unter Nennung einiger Beispiele auf weiterführende Entwicklungsmöglichkeiten für das Verfahren der Bürgerbeteiligung. Bestelladresse: Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn, Tel. 02 28/883-213, E-Mail: presse@fes.de

► Soziales

10% der Bevölkerung sind auf soziale Mindestsicherung angewiesen. Zum Jahresende 2006 erhielten in Deutschland 8,3 Mio. Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Damit waren 10,1% der in Deutschland lebenden Menschen auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Verlauf des Jahres 2006 sind für diese Leistungen Ausgaben in Höhe von insgesamt 45,6 Mrd. Euro entstanden. Zu den Transferleistungen zählen: Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe Grundsicherung im Alter“ und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ und Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz. Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass vor allem Menschen in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern im Jahr 2006 verstärkt auf die genannten Leistungen angewiesen waren. Mit der im Ländervergleich höchsten Bezugsquote von 20,1% erhielt jede/r fünfte Berliner Bürger beziehungsweise Bürgerin Leistungen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts. Die niedrigsten Bezugsquoten waren in Bayern (5,3%) und in Baden-Württemberg (5,7%) ausgewiesen. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 330/08*

Tafel geht neue Wege: Billigere Arznei. Medikamente sind für ALG-II-Empfangende häufig zu teuer. Bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln müssen sie 2% ihres Jahreseinkommens, immerhin 75 Euro, selbst aufwenden, bevor die Befreiung greift. Für nicht verschreibungspflichtige Medikamente zahlen auch sie den vollen Preis. Um hier zu helfen, hat die Stuttgarter Tafel mit dem Pharmagroßhandel Gehe einen Partner gefunden. Wer ein „grünes Rezept“ der Schwäbischen Tafel vorweisen kann, der kann 20 Wirkstoffe in ausgesuchten Apotheken zu einem stark verbilligten Preis kaufen. Das grüne Rezept erhalten alle, die im Besitz der Bonuskarte der Stadt Stuttgart sind. *Quelle: Sozialcourage 3.2008*

Caritas wendet das Sperren von Strom ab. Als wirksam und nachhaltig hat sich eine Vereinbarung über den Umgang mit Stromschulden zwischen der E.ON Westfalen Weser AG und dem Caritasverband für das Erzbistum Pa-

derborn erwiesen. Ziel dieser Partnerschaft ist es, Kundinnen und Kunden von E.ON, die Stromschulden haben und von Stromsperre bedroht oder bereits gesperrt sind, aus der Schuldenfalle zu helfen. Seit einem Jahr gibt es für die Schuldnerberater und -beraterinnen einen „kurzen Weg“ zu direkten Ansprechpersonen des Energieversorgers und umgekehrt. Nach dem Abwenden der Stromsperre werden gemeinsam Wege gesucht, um das Problem von Stromschulden in den Griff zu bekommen. Im Kern wird dabei gemeinsam eine Ratenzahlungsvereinbarung getroffen, die die wirtschaftliche Situation des Kunden, der Kundin berücksichtigt. *Quelle: caritas in NRW aktuell 4.2008*

Arbeitslosengeld II für Erwerbslose und Erwerbstätige. Hartz IV – Grundsicherung. Hrsg. Der Paritätische Gesamtverband. Verlag C.H.Beck. München 2008, 56 S., EUR 3,90 *DZI-D-8346*

Hartz-IV-Leistungen sind für mehr als sieben Millionen Menschen überlebensnotwendig. Sie bedeuten Existenzsicherung, gehen jedoch meist auch einher mit unliebsamen Formularen und Behördengängen, sozialer Verunsicherung und Perspektivlosigkeit. Um entstehende Fragen zu klären, hat der Paritätische Wohlfahrtsverband diesen Leitfaden herausgegeben, in dem auf verständliche und übersichtliche Weise die Einzelheiten der gesetzlichen Regelungen dargelegt werden. Es wird verdeutlicht, wer Anspruch auf welche Leistungen hat, wie diese beantragt werden und welche Besonderheiten für Auszubildende, Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie zugewanderte Personen gelten. Darüber hinaus enthält die Handreichung Internetadressen von Beratungsstellen, Hinweise zu weiteren Ratgebern und ein Stichwortverzeichnis.

Bundessozialgericht: Neuer Senat für Hartz IV. Aufgrund der zahlreichen Klagen im Zuge der jüngsten Arbeitsmarktreform hat das Bundessozialgericht in Kassel einen zweiten Senat für das Arbeitslosengeld II bekommen. Das oberste deutsche Sozialgericht teilte mit, dass seit August 2008 neben dem 14. auch der 4. Senat ausschließlich Verfahren um Hartz IV klärt. Derzeit seien 98 Revisionen und 38 Nichtzulassungsbeschwerden aus diesem Rechtsgebiet anhängig. Um der Flut der Klagen Herr zu werden, hatte das Bundessozialgericht vor einem Jahr einen neuen Senat gebildet, der nur für die Hartz-Fälle zuständig ist. Der nun dazugekommene 4. Senat war zuvor für Fragen der Rentenversicherung zuständig. Im vergangenen Jahr waren an deutschen Sozialgerichten in der ersten Instanz 153 858 Hartz-Klagen eingegangen – gut 37 000 Fälle mehr als im Jahr davor. Auch die Zahl der deutschen Sozialrichterinnen und -richter stieg in den ersten drei Jahren der Arbeitsmarktreform von 837 auf 1 073. Die mit Abstand meisten Fälle drehten sich um die Bedarfsberechnung und um Fragen, ob bestimmte Einkommen oder Vermögen beim Arbeitslosengeld II angerechnet werden müssen. *Quelle: SoVD Zeitung 9.2008*

► Gesundheit

Patientenorientiertes Versorgungsmanagement. Im April 2007 wurde mit der Gesundheitsreform im Sozialgesetzbuch V, § 11 Abs. 4 das Versorgungsmanagement gesetzlich geregelt, das insbesondere Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen gewährleisten müssen. Diese Tätigkeit soll insgesamt einen reibungslosen Übergang

zwischen den verschiedenen Leistungsbereichen ermöglichen. Ziel ist es, Schnittstellenprobleme zwischen Akutversorgung, Rehabilitation und Pflege mit Unterstützung der Krankenkasse zu vermeiden. Im Rahmen der Pflege-reform wurde zum 1. Juli 2008 die Regelung zum Versorgungsmanagement konkretisiert. Wesentliche Neuerung ist, dass die Durchführung des Managements durch hierfür qualifiziertes Personal, insbesondere Pflegefachkräfte, erfolgen soll. Diese Änderung greift nach Auffassung der Deutschen Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V. (DVSG) zu kurz. In einer Stellungnahme fordert der Fachverband daher, die Ausübung dieser Tätigkeit im Bereich der Sozialen Arbeit anzusiedeln, die durch ihren schon bisher bestehenden Auftrag dafür prädestiniert ist, diese Aufgabe koordinierend mit den stationären Berufsgruppen, den Kostenträgern und beteiligten Leistungserbringern unter Einbeziehung der Angehörigen und Bezugspersonen wahrzunehmen. Die Stellungnahme ist unter www.dvsg.org abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der DVSG vom August 2008*

Tiere öffnen Türen zu Menschen mit Demenz. Während viele Familienangehörige ebenso wie professionell Pflegende schwerlich oder keinen Zugang mehr zu an Demenz erkrankten Menschen finden, die scheinbar versunken in ihrer eigenen Welt leben, sind Tiere oft so etwas wie „Türöffner“. Diese Erkenntnis hat sich die Landesinitiative Demenz-Service NRW zunutze gemacht. Beim Demenz-Servicezentrum für die Region Köln und das südliche Rheinland wird in Kooperation mit dem Verein „Porzer Bürger für psychisch Kranke“, dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) und einer Porzer Hundeschule der tiergestützte Besuchsdienst „Vier Pfoten für Sie“ für Menschen mit Demenz aufgebaut. Freiwillige Helferinnen und Helfer mit Tieren werden dafür mit einem Schulungsprogramm qualifiziert. Danach können sie ab Anfang des Jahres 2009 ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen eines niedrigschwelligen Betreuungsangebotes aufnehmen. Sie sollen mit ihren Vierbeinern Demenzkranke und deren Angehörige zu Hause aufsuchen und betreuen. Wie sehr dieses Angebot schon jetzt auf Interesse stößt, zeigt die große Anzahl von Nachfragen sowohl vonseiten der betroffenen Familien als auch von potenziellen freiwilligen Besuchsdienstlern. *Quelle: KDA Pressemitteilung vom September 2008*

AWO entwickelt „Abschiedskultur“. Der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) hat gemeinsam mit dem Deutschen Hospiz- und Palliativverband (DHPV) ein bundesweites Pilotprojekt zur Entwicklung einer neuen Abschiedskultur begonnen. Insgesamt 120 Pflegeeinrichtungen werden daran teilnehmen. Mit diesem Pilotprojekt sollen Qualitätsstandards einer Hospiz- und Palliativkompetenz entwickelt werden, das heißt der palliativen Pflege, der Sterbebegleitung und des Abschieds von Verstorbenen. Diese Standards werden in den beteiligten Pflegeeinrichtungen erprobt, um sie anschließend allen AWO-Pflegeeinrichtungen zur Umsetzung bereitzustellen. Erfahrene Fachkräfte beraten und unterstützen die Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste bei der Erarbeitung der Standards. Außerdem werden im Rahmen der Projektarbeit insgesamt 240 Pflegekräfte zu sogenannten Palliativ-Care-Fachkräften ausgebildet, und auch die Leitungskräfte sol-

len eine entsprechende Qualifizierung erhalten. *Quelle: AWO magazin 5.2008*

Sozialstationen in Polen. Die 15-jährige Aufbauarbeit der Sozialstationen im ehemaligen Ostpreußen ist im Rahmen einer Johannisfeier im polnischen Ostrada offiziell beendet worden. Zehn Johanniter-Sozialstationen bieten in Südpolen sozial schwachen Menschen tagtäglich Hilfe. Trug bisher der Johanniter-Regionalverband Schleswig-Holstein Süd/Ost den überwiegenden Teil der laufenden Ausgaben, haben jetzt polnische Kommunen, denen die Einrichtungen samt Inventar und einschließlich der medizinischen Hilfsmittel und Fahrzeuge überlassen werden, die Kosten für Gehälter, Mieten, Betrieb und Unterhalt übernommen. *Quelle: Zeitschrift der Johanniter 3.2008*

Ambulant betreute Wohngemeinschaften. „Der Wunsch der älteren Menschen nach Selbstbestimmtheit – auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit – hat dazu geführt, dass sich in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Wohnformen entwickelt haben. Mit dem neuen Pflege- und Wohnqualitätsgesetz haben wir die notwendige Rechtssicherheit für eine flächendeckende Entwicklung ambulanter Wohnformen geschaffen“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens anlässlich der Vorstellung eines „Praxisleitfadens“. Dieser enthält konkrete Empfehlungen zu möglichen Pflege- und Betreuungskonzepten, räumlichen Voraussetzungen und zu den Strukturen einer Wohngemeinschaft. Er gibt aber auch Hinweise zu den Aufgaben und zur Verantwortung der Bewohner und Bewohnerinnen sowie ihrer Angehörigen. Darüber hinaus ist eine aktive Teilnahme der alten Menschen und ihrer Angehörigen an der Gestaltung des Gemeinschaftslebens wichtig – ebenso wie die Einbindung von geschulten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Diese tragen zu einer Öffnung kommunaler Strukturen und zur Integration in diese bei. Der Praxisleitfaden ist bei der Fachstelle für ambulant betreute Wohngemeinschaften verfügbar und steht unter www.stmas.bayern.de/senioren/seniwo/#praxisleitfaden zur Verfügung. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 517.2008*

► Jugend und Familie

Jugendhilfebarmeter. Im Rahmen des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ wurde das Konzept einer Online-Erhebung bei Jugendämtern entwickelt. Im November 2007 startete eine Vollerhebung mit dem Thema „Arbeitsorganisation im Allgemeinen Sozialdienst (ASD)“. Erste Ergebnisse liegen vor: Im Durchschnitt verwenden die Kolleginnen und Kollegen 54 % ihrer Arbeitszeit für Einzelfallarbeit, 25 % für Verwaltung und Organisation, 8 % für Vernetzung, 8 % für fachlichen Austausch und 5 % für andere Aufgaben. Bei Jugendämtern mit überdurchschnittlicher Organisationsarbeit (54 % der Jugendämter) geht dies zulasten von Einzelfallarbeit und fachlichem Austausch. Die Personalbemessung orientiert sich an der Fallzahl (62 %), Sozialindikatoren (58 %), Sonstigem (48%, meist Personalbemessung nach Einwohnerzahl) und am Etat (17 %). Am häufigsten (38 %) wird die Kombination Fallzahl pro Vollzeitstelle und Sozialindikatoren herangezogen. In 6 % der ASD kam es zu einer Verringerung der Stellen, bei 49 % ist der Personalstand gegenüber 2005

gleich geblieben und bei 44 % hat es einen Stellenzuwachs gegeben. Demgegenüber meinen 53 % der Befragten, dass vorgenommene Veränderungen in der Bezirkssozialarbeit zu stärkeren Belastungen geführt haben, 47 % sprechen von häufigen organisatorischen Veränderungen, die Einführung von EDV sahen nur 13 % als Entlastung. Die Untersuchung empfiehlt, die Arbeitssituation der Mitarbeitenden stärker als bisher im Blick zu haben. *Quelle: DBSH newsletter 8.2008*

Intensivtäter in Berlin. Teil II. Ergebnisse der Befragung von „Intensivtätern“ sowie der Auswertung ihrer Schulakten. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Eigenverlag. Berlin 2007, 80 S., kostenlos *DZI-D-8347* Ziel dieses zweiten Teils der vom Berliner Forum Gewaltprävention beauftragten Studie zu den Hintergründen und Folgen vielfacher strafrechtlicher Auffälligkeit war es, empirische Erkenntnisse für die Abwendung von Jugendkriminalität und den Umgang mit Intensivtäterinnen und Intensivtätern zu gewinnen. In 27 offenen Einzelinterviews mit inhaftierten Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren entfaltet sich ein Bild von Risikokonstellationen, wie sie zum Beispiel durch soziale und ökonomische Probleme, delinquenzanfällige Peergroups oder mangelnde Bildungschancen entstehen können. Untersucht wurden insbesondere die Auswirkungen schulischer Faktoren. Die Studie bietet einen umfassenden Einblick in das Problemfeld und eröffnet sinnvolle Wege der Prävention. Bestelladresse: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/9027-2913, Fax: 030/9027-2921, E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenInnSport.Berlin.de, Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de

Evaluation in der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. Eine Dokumentation. Hrsg. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. Selbstverlag. München, 248 S., kostenlos *DZI-D-8364* Der Ruf nach mehr Evaluation in der sozialen und pädagogischen Arbeit ist in den letzten Jahren lauter geworden und hat auch das Gebiet der Kriminalitätsprävention für Kinder und Jugendliche erreicht. Ausgangspunkt dieser Studie war deshalb der Versuch, eine Bestandsaufnahme der aktuellen Forschungs- und Diskussionslage zur Evaluation in diesem Bereich zu erstellen. In einer Recherche wurden zehn Jahrgänge relevanter Fachzeitschriften und entsprechende Internetbeiträge ausgewertet. Der Band enthält neben einer Zusammenfassung der gewonnenen Ergebnisse auch Erläuterungen zur Begrifflichkeit und eine vergleichende Darstellung von über 40 Evaluationsstudien im Hauptteil. Ein Schlagwortverzeichnis erleichtert die Suche nach Einzelthemen. Bestelladresse: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Postfach 90 03 52, 81503 München, E-Mail: jugendkriminalitaet@dji.de, Internet: www.dji.de/jugendkriminalitaet

Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher gefährdet. Die bisher gesicherte Versorgung von etwa 200 000 psychisch kranken Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ist durch die Einführung des Gesundheitsfonds akut gefährdet. Ende Juni wurde von den Ersatzkassen bundesweit und einer großen Reihe von Primärkassen regional die bislang geltende sogenannte

Sozialpsychiatrievereinbarung (SPV) vor dem Hintergrund ungeklärter Finanzierung zum Ende des Jahres gekündigt. Die SPV ermöglichte es bisher Kinder- und Jugendpsychiatern, durch Einsatz eines therapeutischen Teams etwa drei Mal mehr Betroffenen und ihren Eltern zu helfen. Im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie herrscht überwiegend Unterversorgung, die Kündigung des bisherigen Vertrages bedeutet, neben der existenziellen Gefährdung von über der Hälfte der zirka 700 Praxen und deren Mitarbeitenden, eine einschneidende Verminderung der Behandlungsmöglichkeiten. Bereits jetzt bestehen Wartezeiten von durchschnittlich 4 bis 6 Monaten auf einen Ersttermin. Derzeit behandeln Fachärzte und -ärztinnen für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie etwa 500 000 Patientinnen und Patienten pro Jahr ambulant. Die psychischen Störungen reichen von ADHS über Depressionen, von psychosomatischen Erkrankungen bis hin zu krankhafter Aggressivität und Störungen im Sozialverhalten. *Quelle: Pressemitteilung des Berufsverbandes für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie in Deutschland e.V. vom August 2008*

► Ausbildung und Beruf

Professorinnenprogramm. Sehr gute Bewertungen für das Gleichstellungskonzept und damit verbundene Ausichten auf Förderung der Universität Kassel ergab die erste Runde eines Antragsverfahrens in einem sogenannten Professorinnenprogramm, das gemeinsam von der Bundesregierung und den Bundesländern aufgelegt wurde. Insgesamt 113 Hochschulen aus 15 Bundesländern bewarben sich mit ihren Gleichstellungskonzepten auf die erste Ausschreibung des Programms. Damit sollen bis zu 140 Berufungen für hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen gefördert werden. Von 79 Hochschulen, deren Gleichstellungskonzepte positive Bewertungen erhielten, wurden die Universität Kassel und sechs weitere Hochschulen besonders herausgestellt. Den sieben Universitäten sei es gelungen, Gleichstellungsmaßnahmen zu entwickeln, die durchgängig alle Bereiche umfassen und Bestandteil des Qualitätsmanagements sind. Die Universität Kassel ist damit ein Vorbild für eine chancengerechte Hochschule. Sie hat nun die Möglichkeit, für bis zu drei Berufungen von Frauen auf unbefristete W2- und W3-Professuren für fünf Jahre einen Betrag von jährlich bis zu 150 000 Euro für gleichstellungsorientierte Maßnahmen zu bekommen. Insgesamt hat das Professorinnenprogramm des Bundes und der Länder einen Umfang von 150 Mio. Euro. *Quelle: Mitteilung der Universität Kassel vom September 2008*

Kritik an Richtlinien für Pflegeassistenten. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Sachsen übt Kritik an den vorgesehenen Richtlinien zur Qualifizierung zusätzlicher Betreuungskräfte in Pflegeheimen. Diese sollen in der Betreuung von Demenzzkranken eingesetzt werden, was grundsätzlich begrüßt wird. Deutlicher Einspruch wird jedoch gegen die geplante Qualifizierung eingelegt. Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen haben im August 2008 beschlossen, dass die vorbereitenden Qualifizierungsmaßnahmen einen Umfang von lediglich 160 Stunden haben sollen. Dies reichte für Quereinsteigende, die auf dem Gebiet der Betreuung schwieriger Kranker keinerlei Wissen und Praxiserfahrung sammeln konnten, bei Weitem nicht aus. Der Bundesverband des Paritätischen

hatte für diese Fortbildung mindestens 800 bis 900 Stunden gefordert. *Quelle: Pressemitteilung des Paritätischen Sachsen vom August 2008*

Mentoringprogramm für Studentinnen mit Behinderungen. Studentinnen in ihrer Studien- und Berufsplanung individuell zu unterstützen, ist das Ziel des bundesweit ersten Mentoringprogramms für Studentinnen mit Behinderungen. Das Pilotprojekt des Hildegardis-Vereins wird von der Conterganstiftung für behinderte Menschen gefördert. Jede Studentin wird ein Jahr lang von einer berufserfahrenen Person (Mentorin, Mentor) beraten. In Praktikatagen lernt sie deren Berufsalltag kennen. Die erste Mentoringphase beginnt im Dezember 2008. Das Programm ist dem integrativen Ansatz des wechselseitigen Lernens verpflichtet. Es richtet sich an Studentinnen mit Behinderungen und an solche ohne Behinderung, die Interesse an der Lebenswirklichkeit und den Potenzialen von Menschen mit Behinderung haben. Jeder Studentin entstehen für die einjährige Teilnahme Kosten in Höhe von 400 Euro. Davon stellt der Hildegardis-Verein auf Antrag 300 Euro als rückzahlungsfreies Stipendium zur Verfügung. Bewerbungsunterlagen sind zu senden an den Hildegardis-Verein e.V., Wittelsbacherring 9, 53115 Bonn. *Quelle: Berliner Behinderten-Zeitung 9.2008*

Siebter Bundeskongress Soziale Arbeit: Call for Papers. Gerechtigkeit, Verantwortung und Sicherheit markieren zentrale Säulen der Bundesrepublik Deutschland als demokratischem und sozialem Staat. Soziale Arbeit übernimmt Verantwortung dafür, soziale Sicherheit zu garantieren und soziale Gerechtigkeit anzustreben. Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen, die Tendenzen zunehmender Spaltung und sozialen Ausschlusses offenbaren, ist die Soziale Arbeit aufgefordert, ihren Beitrag zu Programmen, Strategien und Maßnahmen der Bewältigung sozialer Risiken und Unsicherheiten zu benennen und weiterzuentwickeln. Die Leitbilder und Prinzipien der Sozialstaatlichkeit gehören dabei ebenso auf den Prüfstand wie die zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Sicherung der individuellen Lebensführung. Der 7. Bundeskongress Soziale Arbeit wird im Rahmen seiner Symposien, Foren und Arbeitsgruppen die aktuellen wissenschaftlichen und professionellen Erkenntnisse zu den gesellschaftlichen Entwicklungen und ihren berufspraktischen Konsequenzen diskutieren. Alle Interessierten sind eingeladen, sich an einer Positionierung der Sozialen Arbeit zu beteiligen. Hierfür können konzeptionelle Vorschläge über www.bundeskongress-soziale-arbeit.de eingereicht werden. Ein-sendeschluss ist der 1. Dezember 2008. Kontakt: Organisationsbüro Bundeskongress Soziale Arbeit, c/o TU Dortmund, Emil-Figge-Straße 91, 44227 Dortmund, Tel.: 02 31/755-60 65, E-Mail: buko09@fb12.uni-dortmund.de

Weiterbildungsmuffel. Nur ein Viertel der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 55 Jahre und älter sind, haben im Jahr 2006 Fortbildungen besucht. Damit landet Deutschland zusammen mit Österreich auf dem 16. Platz in einer europaweiten Vergleichsstudie des Bundesinstituts für Berufsbildung. Sämtliche Länder Nord- und Westeuropas stehen besser da. Spitzenreiter ist jedoch die Tschechische Republik mit einer Teilnahmequote von 54 %. *Quelle: Das Parlament 33/34-2008*

Tagungskalender

13.-14.11.2008 Berlin. Fachtagung: Jugendhilfe und Gesundheitshilfe – zwei Systeme nähern sich an. Anmeldung: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V., Renatastraße 77, 80639 München, Tel. 089/126 06-461, E-Mail: info.spi@sos-kinderdorf.de

14.-16.11.2008 Bad Herrenalb. Tagung: Werte für eine soziale und gerechte Welt. 50 Jahre Evangelische Arbeitnehmerschaft Baden (ean). Information: Evangelische Akademie Baden, Postfach 22 69, 76010 Karlsruhe, Tel.: 07 21/91 75-361, E-Mail: stieber@ev-akademie-baden.de

17.-18.11.2008 Köln. Fachtagung: Behinderung und Alter: Gesellschaftliche Teilhabe 2030. Information: Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Departement Heilpädagogik und Rehabilitation, Herbert-Lewin-Straße 2, 50931 Köln, Tel.: 02 21/470-55 56, E-Mail: h.bermond@uni-koeln.de

17.-18.11.2008 Mainz. 19. Opferforum: Kriminalprävention durch familiäre Erziehung? Information: Weisser Ring, Bundesgeschäftsstelle, Postfach 26 13 55, 55059 Mainz, Tel.: 061 31/83 03-0, E-Mail: info@weisser-ring.de

18.11.2008 Erkrath. Tagung: „Im Quartier bleiben!“ In der vertrauten Umgebung älter werden. Information: Städte-Netzwerk NRW e.V., Nicolaistraße 3, 59423 Unna, Tel.: 023 03/96 93-11, E-Mail: roters@netzwerk.nrw.de

21.-23.11.2008 Fulda. 42. Bundesfachtagung des BHP: Heilpädagogik und das Fremde. Für Menschen. Mit Menschen. Information: Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50-60, Internet: www.heilpaedagogikwirkt.de

23.-25.11.2008 Wien. Internationale Bundestagung: Sozialarbeit hat Recht. Information: Österreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen, Mariahilferstraße 81/1/3/14, 1060 Wien, Tel.: 0043/1/585 46 56, E-Mail: oesterreich@sozialarbeit.at

28.11.2008 Freiburg. 7. Symposium Palliative Care: Spiritualität und Palliative Care. Anmeldung: Institut für Weiterbildung an der Evangelischen Fachhochschule, Buddinger Straße 38, 79114, Freiburg, Tel.: 07 61/478 12-18, E-Mail: schindler@efh-freiburg.de

28.-29.11.2008 Tübingen. 32. Tübinger Sozialpädagogiktag: Wirkungsorientierung. Neue Konzepte, Kontroversen und Perspektiven der Sozialen Arbeit. Information: Frau Riegel, Tel. 070 71/297 41 18, www.erziehungswissenschaft.uni-tuebingen.de/Abteilungen/Sozialpaedagogik/Sozialpaedagogiktag/index.html